

Sitzung vom 13. Mai 2009

776. Interpellation (Poststellensterben: 20% des Poststellennetzes sind akut gefährdet)

Kantonsrat Kaspar Bütikofer, Zürich, Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg, Wädenswil, und Kantonsrat Robert Brunner, Steinmaur, haben am 6. April 2009 folgende Interpellation eingereicht:

Die Schweizerische Post kündete vor Kurzem an, sie wolle 500 Poststellen «überprüfen». Im Klartext: Die Post will 500 Poststellen schliessen. Innerhalb von wenigen Jahren wurden bereits 1500 Poststellen geschlossen. Nun sollen die nächsten folgen – betroffen sind 20% des aktuellen Poststellennetzes.

Die geschlossenen Poststellen sollen durch Hausservice oder Postagenturen ersetzt werden. Doch dieser Ersatz ist unzureichend: Der Hausservice mag gut und recht sein für Leute, die zu Hause sind, wenn der Postbote kommt. Allen andern nützt es nichts. Bei den Postagenturen ist das grösste Problem, dass ihre Existenz nicht langfristig gesichert ist und nur eine stark reduzierte Dienstleistungspalette angeboten wird. – Insbesondere der Zahlungsverkehr kann nicht über eine Agentur abgewickelt werden. Die Versorgung des lokalen Detailhandels mit Bargeld wird erschwert, und Kundenströme in grössere Ballungsräume umgelenkt.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis vom Vorhaben der Post, Poststellen mit dem Fokus einer allfälligen Schliessung zu überprüfen?
2. Ist der Regierungsrat darüber orientiert, welche Poststellen im Kanton gefährdet sind? Welche Regionen sind allenfalls betroffen?
3. Wie nimmt der Regierungsrat Stellung zu einer allfälligen Schliessungswelle im Kanton Zürich?
4. Der Post kommt eine zentrale Bedeutung zu bei der Versorgung der Bevölkerung und des Kleingewerbes mit Bargeld: Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkung auf die Versorgung mit Bargeld bei allfälligen Poststellenschliessungen in Randregionen?
5. Die Wirtschaft ist auf hervorragende Postdienste angewiesen; schliesst die Post, so folgen ihr häufig auch andere Geschäfte: Wie beurteilt der Regierungsrat die Folgen von Poststellenschliessungen in peripheren Gebieten für das lokale Gewerbe?

6. Ist der Kanton Zürich bereit, betroffene Gemeinden im Engagement für den Erhalt der Poststelle zu unterstützen? – Was gedenkt der Regierungsrat konkret zu unternehmen, falls der Kanton von einer Schliessungswelle betroffen sein sollte?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat Poststellenschliessungen unter Berücksichtigung seiner Zielsetzung einer «positiv erlebten Mobilität» im Gesamtverkehrskonzept 2006, insbesondere auch unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass für die verbleibenden Poststellen ein erhöhtes Verkehrsaufkommen mit Parkplatzsuche etc. zu erwarten ist?

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Interpellation Kaspar Bütikofer, Zürich, Julia Gerber Rüegg, Wädenswil, und Robert Brunner, Steinmaur, wird wie folgt beantwortet:

Die Post ist ein tragender Pfeiler des Service public und hat eine herausragende Bedeutung sowohl für die Konsumentinnen und Konsumenten als auch für die Wirtschaft, einschliesslich des lokalen Gewerbes. Die Entwicklungen in der Vergangenheit sind nicht spurlos an der Post vorbeigegangen, so z. B. die Tendenz zur Öffnung der Märkte und zur Deregulierung sowie der technologische Wandel (Substitution des Briefverkehrs). Die Post hat sich zudem den derzeitigen wirtschaftlichen Problemen zu stellen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Post auch in Zukunft in einem verschärften Umfeld bewegen wird. Es ist realistisch, dass eine weitere Marktöffnung auf die Post zukommt; das neue Post- und Postorganisationsgesetz wird ab 2012 entscheidende neue Rahmenbedingungen setzen. Effizienzsteigerungen bei der Post sind deshalb nötig und vorgesehen; auf neue Geschäfte darf gehofft und Kompensationen dürfen gefordert werden, besser jedoch plant die Post mit einem Szenario ohne Bankenlizenz und ohne einen weiter liberalisierten Markt.

Es ist für die Post erforderlich und zwingend, sich den neuen Geschäftsgegebenheiten zu stellen und unter anderem laufend das Poststellennetz zu überprüfen. Dies wird von der Post erwartet. In diesem Sinne unterstützt der Regierungsrat das Bestreben der Post um eine wettbewerbsfähige Struktur und erwartet von ihr gleichwohl Transparenz und Offenheit gegenüber etwaigen Problemen und alternativen Lösungsmöglichkeiten. Er hat keine Zweifel, dass dies in Zukunft erfolgen wird.

Zudem gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die Post ihr Stellennetz verantwortungsvoll und im vollen Bewusstsein der damit verbundenen Auswirkungen prüft und festlegt.

Zu Frage 1:

Jährlich findet ein Treffen zwischen Vertretungen der Post und des Amts für Wirtschaft und Arbeit (AWA) statt. Dabei wird im Groben über die Rahmenbedingungen, Aufgaben und Absichten der Post informiert. Überlegungen zum künftigen Netz machte sich die Post immer schon, wenn auch in den letzten Jahren verstärkt. Im Rahmen von «Ymago» (Zukunftsbild der Post) wurden schon ab 2006 verschiedene alternative Poststellentypen getestet und darüber wurde informiert. Im Kanton Zürich wurden Pilotprojekte durchgeführt. Am letztjährigen Treffen zwischen Post und AWA vom 21. Oktober 2008 wurde unter anderem über einen möglichen Stellenabbau bei der Post bis 2011 gesprochen. Mit Schreiben vom 14. April 2009 informierte die Post den Regierungsrat über die geplanten und konkreten Schritte.

Zu Frage 2:

Inzwischen ist die Liste mit den Standorten, bei denen eine Überprüfung ins Auge gefasst wird, im Internet veröffentlicht worden (www.post.ch/standortliste). Im Kanton sind zwölf von 207 Poststellen (letzte Zahl: Stand 22. April 2009) betroffen.

Zu Frage 3:

Zurzeit kann nicht von einer Schliessungswelle gesprochen werden; die Post will das Poststellennetz bis 2011 überprüfen. Zudem ist zu beachten, dass es aus volkswirtschaftlicher Sicht insbesondere von Bedeutung ist, dass die Bevölkerung die Dienstleistungen der Post weiterhin in Anspruch nehmen kann. Mit welchen Massnahmen die Post das im Einzelnen sicherstellen will, soll und darf sie in eigener Verantwortung aufzeigen. Wie bereits einleitend bemerkt, ist es nicht zu beanstanden, dass die Post dabei auch betriebswirtschaftliche Grundsätze berücksichtigt und, wie ihre Konkurrentinnen und Konkurrenten auch, Kosten/Nutzen-Überlegungen einfließen lässt.

Zu Frage 4:

Der Bargeldfluss dürfte heute hauptsächlich über Bancomaten erfolgen, die sowohl für Ein- als auch Auszahlungen benützt werden können. Insbesondere im Kanton gibt es ein dichtes Netz an Bancomaten, weshalb nicht zu erwarten ist, dass bei einer Schliessung von Poststellen die Bargeldversorgung eingeschränkt sein wird.

Zu Frage 5:

Poststellenschliessungen werden für das lokale Gewerbe zwar Auswirkungen haben. Dass aber deswegen auch andere Geschäfte schliessen werden, ist nicht zwingend. Im Übrigen hat sich das Kleingewerbe lange über die Verkaufsaktivitäten der Post (Verkauf von Schokolade,

Büchern, Souvenirs usw. in den Poststellen) beschwert und fühlte sich dadurch konkurrenziert. Für gewisse Geschäfte würde mit einer Poststellenschliessung die unerwünschte Konkurrenz wegfallen.

Zu Frage 6:

Die Post hat im Kanton einen Personalbestand von 5968 Vollzeitstellen und 240 Lernenden (Stand 31. März 2009). Sollte es zu Entlassungen (auch Massenentlassungen) kommen, leistet der Kanton den Betroffenen mit seinen Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) Beratung und Unterstützung nach den gesetzlichen Vorgaben und Möglichkeiten. Zudem wird sich der Kanton im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Erhaltung des Lehrstellenangebots einsetzen, wenn diesbezüglich Abstriche geplant wären.

Zu Frage 7:

Zwischen den angekündigten Poststellenschliessungen und der Zielsetzung der positiv erlebten Mobilität dürfte über die gesamte Bevölkerung und deren Verkehrsverhalten betrachtet ein geringer Zusammenhang bestehen. Grundsätzlich kommt eine Konzentration der Poststellen an Orten mit einer höheren Siedlungsdichte und anderen Infrastrukturen für den täglichen Bedarf den Zielen des kantonalen Gesamtverkehrskonzepts entgegen, da sie die Abstimmung von Siedlung und Verkehr, insbesondere die vom Richtplan geforderte Siedlungsentwicklung nach innen, unterstützt. Durch eine Konzentration der Poststellen wird die Bündelung des Verkehrs an den verbleibenden zentraler gelegenen Poststellen erreicht, was die kosteneffiziente Errichtung von guten Angeboten des öffentlichen Verkehrs ermöglicht und damit die Erreichbarkeit der Poststellen mit dem öffentlichen Verkehr erhöht. Im Weiteren ist zu erwarten, dass Kundinnen und Kunden bei zentraler gelegenen Poststellen gleich mehrere Tätigkeiten wie Einkaufen oder andere Besorgungen kombinieren werden und so insgesamt eher Verkehr, auch Parkplatzsuchverkehr, eingespart wird. Insofern ist von einer – wenn auch wenig entscheidenden – positiven Wirkung bezüglich des Erlebens der Mobilität auszugehen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi